

gediehen Staat und die bürgerliche Demokratie. Der Staat wird als das Instrument bezeichnet, mit dessen Hilfe eine „demokratische Kontrolle“ wirtschaftlicher Macht, eine „gerechte Verteilung“ des materiellen Reichtums und die „freie Entfaltung der Persönlichkeit“ herbeizuführen seien. Infolge staatlicher Einwirkungen auf den sozialökonomischen Bereich und andere gesellschaftliche Gebiete befände sich die kapitalistische Gesellschaftsordnung bereits in einem Prozeß ständiger Veränderungen, in deren Ergebnis Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie für alle Mitglieder der Gesellschaft verwirklicht würden.

Mit diesen Thesen knüpft der Sozialreformismus an bestimmte Illusionen über den bürgerlichen Staat an, die von Opportunismus und Reformismus in die Arbeiterklasse hineingetragen wurden. In einem abstrakten Recht, an das die Staatsgewalt gebunden sei, sahen viele vom Opportunismus und Reformismus beeinflusste Arbeiter das Mittel, um ihre soziale und politische Lage im Kapitalismus zu verbessern. Die geschichtlichen Erfahrungen lehren jedoch, daß nur der energische Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern der Bourgeoisie bestimmte soziale und politische Zugeständnisse abzurufen vermag und die Lage der Arbeiterklasse und aller Werktätigen nur durch die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln und damit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen grundlegend verändert werden kann.

Sozialreformistische Staatsauffassungen stellen das wirkliche Verhältnis von Staat und Gesellschaft auf den Kopf. Nicht der bürgerliche Staat hat die kapitalistische Gesellschaft geschaffen. Er ist deshalb auch nicht in der Lage, sie zu wandeln oder zu transformieren. Vielmehr ist die kapitalistische Gesellschaft, die auf dem kapitalistischen Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht, die Voraussetzung für den bürgerlichen Staat und sein Recht. Im imperialistischen Stadium des Kapitalismus bildet das ökonomische Monopol die Grundlage des imperialistischen Staates. Dieses tatsächliche Verhältnis zwischen den ökonomischen Grundlagen des Imperialismus und seinem politischen Überbau widerlegt auch die sozialreformistischen Auffassungen über die Demokratie. Im Kern wird dabei behauptet, die Existenz und Macht der Monopole sei mit der Demokratie vereinbar und es bedürfe keiner grundlegenden Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse des Imperialismus, um Demokratie für das Volk zu verwirklichen, die Frage der Demokratie sei von der Frage der Eigentumsordnung grundsätzlich unabhängig.

Dieses Vorgehen ist nicht neu. Lenin wies bereits in der Auseinandersetzung mit Kautsky darauf hin, daß die Beziehung des Imperialismus zur Demokratie letztlich die Frage nach der Beziehung der Ökonomik zur Politik ist. Diese Beziehung wird dadurch bestimmt, daß so, wie das Monopol in der Ökonomie den Kapitalismus der freien Konkurrenz ablöst, auch der „politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus ... die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion“²³ ist. Indem Kautsky die Politik des Imperialismus von dessen Ökonomik trennte, konnte er behaupten, die ökonomischen Grundlagen des Imperialismus, das monopolkapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln, seien mit Demokratie vereinbar. Lenin hat die Unvereinbarkeit von Monopolen und Demokratie überzeugend nachgewiesen; sie ist von der

23 W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 34.